

Widerstand gegen Pflicht zur Versicherung; Bund und Länder bei Elementarschäden uneinig

Die Welt

Donnerstag 20. Juni 2024

Copyright 2024 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 9; Ausg. 118

Length: 453 words

Byline: Afp

Body



Vor den Bund-Länder-Beratungen am Donnerstag bleiben die Fronten im Streit um eine Pflichtversicherung gegen Elementarschäden verhärtet. Die saarländische Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD) pochte für die Bundesländer auf die Einführung einer solchen Versicherung, Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) bekräftigte am Mittwoch seinen Widerstand. Er warnte in Berlin vor einer unglaublichen Bürokratie. Zudem wäre eine Pflichtversicherung ohne Beteiligung des Staates nicht bezahlbar.

Die **Hochwasserkatastrophe** in Bayern und Baden-Württemberg Anfang Juni hat die Diskussion um eine Pflichtversicherung wieder angefacht. Die Bundesländer bekräftigten am Freitag im Bundesrat ihre Forderung danach. Am Donnerstag wollen die Regierungschefinnen und -chefs der Länder darüber mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) beraten. Saarlunds Regierungschefin Rehlinger sagte den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland vom Mittwoch: Weil der Bund nicht gehandelt hat, gleichen die Bundesländer entstandene Schäden wieder mit Steuergeld aus. Das kann so nicht bleiben. Das französische Modell zeige, dass eine Pflichtversicherung auch bezahlbar geht und ohne, dass der Staat ständig einspringen müsste.

Eine Pflichtversicherung wird auch von großen Teilen der Ampel-Koalition befürwortet, die FDP lehnt sie ab. Buschmann sagte dazu: Wir wissen mittlerweile, dass das Versprechen nicht gehalten werden kann, dass eine Pflichtversicherung zu niedrigeren Beiträgen für alle führen würde. Eine Versicherungsprämie bestehe aus dem Risiko eines Gebäudes, Schaden zu nehmen, und den Kosten, die bei einem Schaden entstehen. Diese Prämie ändert sich nicht, wenn das Gebäude rechts und links versichert ist. Daher wäre eine Pflichtversicherung mit ganz schwierigen Konsequenzen verbunden. So gebe es Regionen in Deutschland, wo die Versicherungsprämien so hoch seien, dass wir möglicherweise Menschen aus ihrem Elternhaus vertreiben, die sich die Versicherungsprämie nicht mehr leisten können. In solchen Regionen würden die Nebenkosten möglicherweise so stark ansteigen, dass auch Mieter sich das Wohnen dort nicht mehr leisten könnten.

Eine mögliche Durchschnittsprämie wiederum würde nur funktionieren, wenn es einen staatlichen Einheitsversicherer gäbe und die Politik eine Art Risikostrukturausgleich konstruieren würde, sagte der Justizminister. Das sei

..Metaphern

..Soziologisches Risiko

..Schlechte Zusammenhänge

..Ökonomisches Risiko

..Hochwasser und gesellschaftliche

..Soziologisches Risikoverständnis

..Fehlerhafte Bundespolitik

..Rechtliche Maßnahmen

..Ökonomisches Risiko

..Technisches Risikoverständnis

..Metaphern

..Ökonomisches Risiko

..Rechtliche Maßnahmen

..Soziologisches Risikoverständnis

unglaublich bürokratisch, unglaublich kompliziert . Er sei für eine Angebotspflicht: Menschen, die eine Elementarversicherung wollten, sollten auch eine bekommen. Menschen mit Altverträgen bekämen ein Angebot, ihre Versicherung aufzustocken. Bei Neuverträgen sollte eine Elementarschadenversicherung enthalten, aber abwählbar sein.

15 Original Gesamtseiten-PDF

16 **Classification**

17 **DIE**  **WELT**

18 **Language:** GERMAN; DEUTSCH

19 **Publication-Type:** Zeitung

20 **Journal Code:** DWBE-HP

21 **Subject:** STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (91%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (90%); POLITIK (90%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (89%); POLITISCHE PARTEIEN (89%); DEUTSCHER BUNDESRAT (78%); REGIERUNGSKABINETTS (78%); ÜBERSCHWEMMUNGEN (78%); NATURKATASTROPHEN (76%); STEUERN & BESTEUERUNG (74%); JUSTIZMINISTERIEN (73%); NEGATIVE NACHRICHTEN (73%)

22 **Industry:** SACHVERSICHERUNG (89%); VERSICHERUNGSPRÄMIEN (89%); VERSICHERUNG (78%)

23 **Person:** OLAF SCHOLZ (78%)

24 **Geographic:** BERLIN, DEUTSCHLAND (79%); SAARLAND, DEUTSCHLAND (89%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (59%); BAYERN, DEUTSCHLAND (59%); FRANKREICH (79%); DEUTSCHLAND (73%)

25 **Load-Date:** June 19, 2024

26 **DIE**  **WELT**

End of Document